

Studien zum
Bank-, Börsen- und Kapitalmarktrecht

81

Frank Salzgeber

Die Grenzen des Bail-in-Prinzips im europäischen Bankenabwicklungsrecht



Nomos

**Studien zum
Bank-, Börsen- und Kapitalmarktrecht**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Immenga

Prof. Dr. Lars Klöhn, LL.M.

Prof. Dr. Daniel Zimmer, LL.M.

Band 81

Frank Salzgeber

Die Grenzen des Bail-in-Prinzips im europäischen Bankenabwicklungsrecht



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8410-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-2786-0 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020/21 an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Sie entstand im Kern zwischen Frühjahr 2017 und Sommer 2019, Änderungen der Rechtslage sowie die wichtigste neuere Literatur sind bis zum Herbst 2020 berücksichtigt.

Ein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Wolf-Georg Ringe, M.Jur. (Oxon), der die Betreuung meines Promotionsvorhabens übernahm, mir während der Bearbeitung jederzeit zum Austausch zur Verfügung stand und mir durch seine Anmerkungen immer eine wertvolle Hilfe war. Weiterhin danke ich Herrn Prof. Dr. Stefan Voigt für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens.

Den Herausgebern Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Immenga, Prof. Dr. Lars Klöhn, LL.M. und Prof. Dr. Daniel Zimmer danke ich für die Aufnahme in diese Schriftenreihe.

Schließlich möchte ich allen danken, die mich sowohl fachlich als auch persönlich auf unterschiedlichsten Wegen bei diesem Projekt unterstützt und so zu einem zügigen und erfolgreichen Abschluss beigetragen haben – merci beaucoup!

Frankfurt am Main, im Juni 2021

Frank Salzgeber

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Teil I Grundlage	27
Kapitel 1 Einführung in den Forschungsgegenstand	27
A. Überblick zu dem Bail-in-Prinzip im europäischen Bankenabwicklungsrecht	28
B. Gang der Untersuchung	34
Kapitel 2 Entwicklung der Verfahren zur Bewältigung der Krise von Banken	38
A. Umgang mit Krisen im Bankensektor	38
I. Funktion des Bankensektors in der Gesamtwirtschaft und seine Besonderheiten	39
1. Funktion des Bankensektors in der Gesamtwirtschaft	39
2. Besonderheiten des Bankensektors im Vergleich zu Unternehmen der Realwirtschaft	40
II. Untauglichkeit des regulären Insolvenzrechts als Ursache der Entwicklung des Bankenabwicklungsrechts	42
B. Entwicklung der Verfahren zur Bewältigung der Krise von Banken seit 2007	44
I. Kurzfristige Reaktion durch ad-hoc-Maßnahmen	45
II. Weitere Nationalstaatliche Gesetzgebungsmaßnahmen	48
III. Harmonisierung der Gesetzeslage auf europäischer Ebene (BRRD)	50
IV. Zentralisierung der Gesetzeslage in der Bankenunion (SRM-VO)	52
V. Reform des Abwicklungsrechts durch ein Legislativpaket für Banken	53
C. Vermeidung von Bail-outs durch das Bail-in-Prinzip	55

Inhaltsverzeichnis

Teil II	Bail-in-Prinzip, Defizite und notwendige Grenzen	58
Kapitel 3	Das Bail-in-Prinzip im Beihilferecht: Lastenverteilung	59
A.	Anwendung des europäischen Beihilferechts auf den Bankensektor	59
I.	Staatliche Beihilfen, Verbot und Genehmigungsverfahren	60
II.	Genehmigungspraxis der Kommission während der Banken- und Finanzkrise	62
1.	Art. 107 Abs. 2 lit. b) Var. 2 AEUV: Sonstige außergewöhnliche Ereignisse	63
2.	Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV: Förderung gewisser Wirtschaftszweige oder -gebiete	64
3.	Art. 107 Abs. 3 lit. b) Var. 2 AEUV: Beträchtliche Störung im Wirtschaftsleben	64
B.	Die Bankenmitteilung als Begrenzung des Ermessensspielraums der Kommission	65
I.	Entstehung, Bedeutung und Anwendungsbereich der Bankenmitteilung	66
II.	Prüfungsprogramm der Kommission	68
III.	Zukunft der Bankenmitteilung	70
C.	In der Bankenmitteilung vorgesehene Lastenverteilung bei Rekapitalisierung	71
I.	Zweck der Anwendung und Funktionsweise der Lastenverteilung	73
1.	Zweck der Lastenverteilung	73
2.	Funktionsweise der Lastenverteilung	76
II.	Umfang der Rekapitalisierung: Ermittlung der Kapallücke	77
III.	Von der Lastenverteilung betroffene Anteilseigner und Gläubiger	80
1.	Betroffene Anteilseigner und Gläubiger	80
a.	Die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen werden noch erfüllt.	81
b.	Die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen werden nicht mehr erfüllt	82

c. Reichweite der Beteiligung abhängig von Kapitalsituation	82
2. Ausnahmen von der Lastenverteilung	83
a. Lastenverteilung gefährdet die Stabilität des Finanzsystems	84
b. Lastenverteilung führt zu unverhältnismäßigen Ergebnissen	85
IV. Beeinträchtigung der Rechtsstellung der Kapitalgeber	86
1. Gültigkeit und Auslegung der Bankenmitteilung	87
2. Anpassung des nationalen Rechts an die Vorgaben der Bankenmitteilung	89
3. Schutz der Kapitalgeber: No creditor worse off-Prinzip	91
4. Eigentumsrecht nach Ansicht des EuGH nicht berührt	93
5. Stellungnahme zur Ansicht des EuGH	96
D. Ergebnis	98
Kapitel 4 Das Bail-in-Prinzip im Abwicklungsrecht: Bail-in-Instrument	101
A. Anwendungsbereich des Abwicklungsrechts und Zuständigkeit	101
I. Räumlicher Anwendungsbereich	101
II. Persönlicher Anwendungsbereich	102
III. Zuständigkeit	103
1. Direkte Zuständigkeit des Ausschusses	104
2. Direkte Zuständigkeit der nationalen Abwicklungsbehörde	105
B. Die Abwicklungsziele und Abwicklungsgrundsätze	105
I. Die Abwicklungsziele gem. Art. 31 Abs. 2 BRRD	105
II. Die Abwicklungsgrundsätze gem. Art. 34 Abs. 1 BRRD	108
C. Die Voraussetzungen für eine Abwicklung	110
I. Institut fällt aus oder fällt wahrscheinlich aus	110
1. Verstoß gegen an eine dauerhafte Zulassung geknüpfte Anforderungen	112

Inhaltsverzeichnis

2. Vermögenswerte unterschreiten die Höhe der Verbindlichkeiten	113
3. Bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit	113
4. Außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln	115
II. Nach vernünftigem Ermessen keine alternativen Maßnahmen des privaten Sektors möglich	116
III. Abwicklungsmaßnahme ist im öffentlichen Interesse erforderlich	117
IV. Ergebnis	120
D. Die Herabschreibung oder Umwandlung relevanter Kapitalinstrumente	121
I. Anwendungsvoraussetzungen	121
II. Funktionsweise und Umfang	123
1. Funktionsweise	124
2. Umfang der Herabschreibung oder Umwandlung	124
3. Betroffene Kapitalgeber	125
4. Beeinträchtigung der Rechtsstellung der Kapitalgeber	126
III. Ergebnis	127
E. Das Bail-in-Instrument als zentrales Abwicklungsinstrument	128
I. Zweck der Anwendung und Funktionsweise des Bail-in-Instruments	129
1. Zweck der Anwendung des Bail-in-Instruments	129
2. Funktionsweise des Bail-in-Instruments	130
II. Zeitpunkt und Umfang; Grundsätze der Bewertung für Abwicklungszwecke	133
1. Bewertung zur Feststellung der Voraussetzungen für eine Abwicklung	137
2. Bewertung zur Festlegung einer Abwicklungsmaßnahme und deren Umfangs	139
3. Ergebnis	141

III. Von der Anwendung betroffene Kapitalgeber	142
1. Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten – MREL	143
a. Anforderungen an die Gesamtverlustabsorptionsfähigkeit – TLAC	145
b. Zusammenspiel und Harmonisierung von TLAC und MREL	146
c. Abwicklungseinheiten und Abwicklungsgruppen	147
d. Quantitative Anforderungen an die MREL-Kapazität	151
aa. Verlustabsorptionsbetrag	153
bb. Rekapitalisierungsbetrag	154
cc. Die Höhe dieser Beträge beeinflussende besondere Aspekte	155
dd. Bericht- und Offenlegungspflichten	156
e. Qualitative Anforderungen an die MREL-Kapazität	157
aa. Effektive Wertzuführung	159
(1). Direkt vom Institut begeben	159
(2). Erwerb durch konzernfremden Dritten	160
(3). Erwerb der Emission nicht durch die Abwicklungseinheit finanziert	160
bb. Verlustteilnahme und Nachrang	161
(1). Nachrangigkeit	161
(2). keine Besicherung	168
cc. Dauerhaftigkeit der Kapitalaufbringung	169
(1). Explizites Aufrechnungsverbot	169
(2). keine Anreize für das Institut zur Beendigung	171
(3). keine Rückzahlung vor Fälligkeit	171
(4). Kündigungsrechte bzw. Rückkäufe nur nach Ermessen des Emittenten	172
(5). Erlaubnisvorbehalt für Kündigungsrechte des Emittenten bzw. für Rückkäufe	172

Inhaltsverzeichnis

(6). keine Hinweise auf Beendigungsrechte in den Bestimmungen	173
dd. Flexibilität von Zahlungen	174
(1). Beschleunigung von Zahlungen	174
(2). Anpassungen von Zahlungen	175
ee. Vertragsbestimmungen sehen dauerhafte Herabschreibung oder Umwandlung vor	175
ff. Ausgenommene Verbindlichkeiten gem. Art. 72a Abs. 2 CRR	175
f. Abzugsregelungen: MREL- Überkreuzbeteiligungen zwischen Banken	176
g. Auswirkung auf die Rechtsposition der Kapitalgeber	179
2. Von der Anwendung des Bail-in-Instruments ausgenommene Verbindlichkeiten	180
3. Sonstige Verbindlichkeiten	180
4. Verbindlichkeiten unter dem Recht von Drittstaaten	182
a. Vertragliche Anerkennung des Bail-in	182
aa. Grundsätzlich Aufnahme einer vertraglichen Bestimmung notwendig	183
bb. Ausnahmen bei unverhältnismäßigem Erfüllungsaufwand	184
b. Folgen des Brexits	185
5. Ergebnis	187
IV. Beeinträchtigung des Eigentumsrechts der Kapitalgeber?	187
1. Grundlagen des Eigentumsschutzes auf europäischer und nationaler Ebene	188
2. Schutzbereich	189
3. Eigentumsrelevante Maßnahme	190
a. In der Literatur verbreitete Ansicht	191
b. Bedeutung der Entscheidung des EuGH zur Lastenverteilung	194
c. Ergebnis	196
4. Rechtfertigung	196
a. Verhältnismäßigkeitsprüfung	197
aa. Legitimer Zweck	197
bb. Geeignetheit	197

cc. Erforderlichkeit	198
dd. Angemessenheit	199
b. Entschädigung	201
5. Ergebnis	202
V. Schutz der Kapitalgeber: No creditor worse off-Prinzip	203
1. Einführung des NCWO-Prinzips in das Abwicklungsrecht	203
2. Bewertung zur Gewährleistung des NCWO-Prinzips	204
a. Feststellung der Behandlung in einem regulären Insolvenzverfahren	205
b. Feststellung der tatsächlichen Behandlung im Abwicklungsfall	206
c. Gegenüberstellung der hypothetischen und der tatsächlichen Vermögensposition	207
3. Stellungnahme zum NCWO-Prinzip	207
4. Ergebnis	208
Kapitel 5 Die Funktionale Äquivalenz von Lastenverteilung und Bail-in-Instrument	209
A. Ziele des bankspezifischen Beihilferechts und Ziele des Abwicklungsrechts	211
B. Faktische Subordination des Abwicklungsrechts	212
I. Die Rolle der Kommission im Abwicklungsrecht	213
II. Praktische Fallbetrachtung	215
III. Stellungnahme zur Kompetenzverteilung	216
C. Konflikte durch die Verankerung des Bail-in-Prinzips in zwei Regelwerken	217
I. Umfang: Ungleiche Kriterien zur Festlegung der Beteiligung	218
II. Betroffene Kapitalgeber: Größere Reichweite des Bail-in-Instruments	220
III. Ausnahmen: Ungleiche Flexibilisierungsmöglichkeiten	221
1. Bankenmitteilung: Finanzstabilitätsklausel	222
2. Abwicklungsrecht: Differenzierte Flexibilisierungsmöglichkeiten	223

Inhaltsverzeichnis

3.	Notwendigkeit einer kongruenten Anwendung der Flexibilisierungsmöglichkeiten	224
IV.	Gläubigerschutz: Stärkere Beeinträchtigung bei der Lastenverteilung	224
1.	Bedeutung des NCWO-Prinzips in der Bankenmitteilung und im Abwicklungsrecht	225
2.	Lastenverteilung außerhalb des Abwicklungsverfahrens	226
a.	Früheres Eingreifen der Lastenverteilung	227
b.	Weitere Vorverlagerung durch Entscheidungspraxis der Kommission	227
c.	Stellungnahme zur Entscheidungspraxis der Kommission	230
d.	Adressierung in der Konzeption der Bankenmitteilung	231
D.	Ergebnis	232
	Kapitel 6 Defizite des Bail-in-Prinzips	235
A.	Konzeptionelle Defizite	236
I.	Bestimmung des Anwendungszeitpunkts	236
II.	Bestimmung des Umfangs der Beteiligung	239
III.	Keine nachhaltige Stabilisierung	240
IV.	Kein ausreichender Schutz der Kapitalgeber durch das NCWO-Prinzip	242
1.	Bewertungszeitpunkt	243
2.	Unzureichende Rückkopplung an das reguläre Insolvenzrecht	243
3.	Bewertungsmaßstab beim Vergleich mit dem regulären Insolvenzverfahren	245
B.	Gefährdung der Kontinuität kritischer Funktionen	245
C.	Keine Gewährleistung der Finanzstabilität	247
I.	Eingeschränktes Monitoring durch die Kapitalgeber im Vorfeld	248
II.	Ansteckung und Prozyklizität	249
1.	Ansteckung aufgrund im Finanzmarkt verbreiteter Informationen	251
2.	Ansteckung aufgrund der Funktionsweise des Bail-in-Instruments	252
a.	Ansteckung der Gegenparteien	252

b. Einschränkung der direkten Ansteckungsgefahr	253
aa. Ermessensabhängige Ausnahmen bei Gefahr einer ausgedehnten Ansteckung	254
bb. Sicherstellung einer ausreichenden Verlustabsorptionsfähigkeit der Gegenparteien	254
D. Unzureichende Adressierung der Defizite durch MREL	256
I. Kein verbessertes Monitoring	257
II. Keine effektive Vermeidung von Ansteckung und Prozyklizität	259
1. Keine effektive Vermeidung der indirekten Ansteckung	259
2. Keine effektive Vermeidung der direkten Ansteckung	260
III. Keine effektive Sicherstellung der Qualität der MREL-Kapazität	260
1. Regulierung der Überkreuzbeteiligungen zwischen Banken	261
2. Regulierung des Zielmarktes	262
3. Interne MREL-Kapazität bei singulärer Abwicklungsstrategie	265
E. Ergebnis	265
Kapitel 7 Grenzen des Bail-in-Prinzips außerhalb des Abwicklungsverfahrens	267
A. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Beschränkung des Anwendungsbereiches	268
I. Das öffentliche Interesse an einer Abwicklungsmaßnahme	269
II. Konzeption der Abwägung des öffentlichen gegen das private Interesse	270
III. Allgemeine Ausnahme bei Gefahr für die Finanzstabilität	273
B. Die vorbeugende Rekapitalisierung	273
I. Konzeption des Instruments	274

Inhaltsverzeichnis

II. Anwendungsvoraussetzungen	277
1. Abwendung einer schweren Störung der Volkswirtschaft und Wahrung der Finanzstabilität	277
2. Zuführung von Eigenmitteln oder Kauf von Kapitalinstrumenten	278
3. Zu Preisen und Bedingungen, die das Institut nicht begünstigen	280
4. Solvenz	281
5. Genehmigungspflicht nach dem Rechtsrahmen der Union für staatliche Beihilfen	282
6. Vorbeugende, vorübergehende Maßnahmen	286
7. Geeignet zur Abhilfe der Folgen schwerer Störungen	287
8. Kein Ausgleich von Verlusten	287
9. Negative Voraussetzungen	288
10. Anforderungen an Tests, in denen eine Kapitallücke festgestellt werden kann	289
III. Finanzierung der Rekapitalisierung	291
1. Finanzierung durch die Mitgliedstaaten	291
2. Finanzierung durch Mittel des ESM	291
a. Finanzhilfe zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten eines ESM-Mitglieds	292
b. Instrument für die direkte Rekapitalisierung von Kreditinstituten	294
c. Errichtung eines Europäischen Währungsfonds und ESM-Reform	295
3. Ergebnis	298
IV. Kein Instrument zum Schutz von Kleinanlegern bei Fehlverkäufen	299
C. Ergebnis	302
Kapitel 8 Grenzen des Bail-in-Prinzips innerhalb des Abwicklungsverfahrens	304
A. Die Staatlichen Stabilisierungsinstrumente	305
I. Die beiden staatlichen Stabilisierungsinstrumente	307
1. Das Instrument der staatlichen Eigenkapitalunterstützung	307

2. Das Instrument der vorübergehenden staatlichen Übernahme	308
II. Anwendungsvoraussetzungen	309
1. Anwendung als ultima ratio	309
2. Abwicklungsvoraussetzungen und Voraussetzungen des Art. 56 Abs. 4 BRRD	310
3. Mindestbeteiligung von acht Prozent	311
4. Rechtsrahmen der Union für staatliche Beihilfen	312
III. Keine Vermeidung der negativen Folgen der Anwendung des Bail-in-Instruments	313
B. Ausnahmen vom Bail-in-Instrument	314
I. Die gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen	315
1. Gedeckte Einlagen	315
2. Besicherte Verbindlichkeiten	316
3. Verwaltung von Kundenvermögen oder Kundengeldern	317
4. Treuhandverhältnis	317
5. Ursprungslaufzeit weniger als sieben Tage	317
6. Bestimmte Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von weniger als sieben Tagen	318
7. Bestimmte weitere Verbindlichkeiten	318
a. Verbindlichkeiten gegenüber Beschäftigten	318
b. Verbindlichkeiten gegenüber Geschäfts- oder Handelsgläubigern	319
c. Verbindlichkeiten gegenüber Steuer- und Sozialversicherungsbehörden	319
d. Verbindlichkeiten gegenüber Einlagensicherungssystemen	319
8. Verbindlichkeiten gegenüber Instituten, die keine Abwicklungseinheiten sind	320
II. Ermessensabhängige Ausnahmen	320
1. Bail-in innerhalb angemessener Frist nicht möglich	322
a. Unmöglichkeit aus rechtlichen Gründen	323
b. Unmöglichkeit aus tatsächlichen Gründen	324
c. Bestimmung einer angemessenen Frist	325
d. Sonderfall: Keine tatsächliche Unmöglichkeit bei unzureichender MREL-Kapazität	326

Inhaltsverzeichnis

2.	Erforderlich und angemessen zur Sicherstellung der Kontinuität kritischer Funktionen	327
3.	Erforderlich und angemessen zur Abwendung der Gefahr einer ausgedehnten Ansteckung	329
	a. Direkte Ansteckung	331
	b. Indirekte Ansteckung	331
4.	Bail-in würde zu Wertvernichtung führen	334
III.	Finanzierung der Ausnahmen	334
	1. Abwicklungsfinanzierungsmechanismus in der Bankenunion und in Deutschland	335
	2. Finanzierung der Ausnahme durch Beiträge des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus	337
	3. Finanzierung der Beiträge des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus	338
	4. Der ESM als alternative Finanzierungsquelle	339
	C. Ergebnis	341
	Teil III Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	344
	Literatur- und Quellenverzeichnis	355

Abkürzungsverzeichnis

a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweisen der Europäischen Union vom 26. Oktober 2012, Abl. C 326/47
AG	Aktiengesellschaft
Am. Bankr. L. J.	American Bankruptcy Law Journal
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AT 1	Additional Tier 1
Ausschuss	Ausschuss für die einheitliche Abwicklung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BaFin Journal	BaFin Journal, Mitteilungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BB	Betriebs-Berater
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002, BGBl. I 2909
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BJIB & FL	Butterworths Journal of International Banking and Financial Law
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht

Abkürzungsverzeichnis

BRRD	Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (Abl. EU L 173/190)
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CET 1	Common Equity Tier 1
CFL	Corporate Finance Law
CMLJ	Capital Markets Law Journal
CMLR	Common Market Law Review
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Comput. Econ.	Computational Economics
CRD	Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG
CRR	Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (Abl. EU L 176/1)
DB	Der Betrieb
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (<i>European Banking Authority</i>)

EBLR	European Business Law Review
EBOR	European Business Organization Law Review
ECFR	European Company and Financial Law Review
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (<i>European Parliament Economic and Monetary Affairs Committee</i>)
EE	European Economy – Banks, Regulation, and the Real Sector
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGOV	European Parliament Economic Governance Support Unit
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950, transformiert durch Gesetz über die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. August 1952, BGBl. II 685, in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 22. Oktober 2010, BGBl. II 1198
e-Pública	e-Pública Revista Eletrónica de Direito Público
ERCL	European Review of Contract Law
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESM-Vertrag	Vertrag zur Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vom 1. Februar 2012 (D/12/3)
ESMA	Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (<i>European Securities and Markets Authority</i>)
EStAL	European State Aid Law Quarterly
EU	Europäische Union
EuR	Europarecht
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union vom 26. Oktober 2012, Abl. C 326/13
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWf	Europäischer Währungsfonds

Abkürzungsverzeichnis

EWf-VO-V	Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung des Europäischen Währungsfonds, Brüssel, den 6. Dezember 2017, COM(2017) 827 final, 2017/0333 (APP)
EZB	Europäische Zentralbank
f./ff.	folgende/folgenden
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
FM	Financial Management
FMSA	Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung
FMStBG	Gesetz zur Beschleunigung und Vereinfachung des Erwerbs von Anteilen an sowie Risikopositionen von Unternehmen des Finanzsektors durch den Fonds "Finanzmarktstabilisierungsfonds - FMS" (Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz – FMStBG) Art. 2 des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes vom 17. Oktober 2008, BGBl. I 1982
FMStErgG	Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz – FMStErgG) vom 7. April 2009, BGBl. I 725
FMStFG	Gesetz zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds (Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz – FMStFG) Art. 1 des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes vom 17. Oktober 2008, BGBl. I 1982
FMStFortEntwG	Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung (Finanzmarktstabilisierungsfortentwicklungsgesetz – FMStFortEntwG) vom 17. Juli 2009, BGBl. I 1980
FMStFV	Verordnung zur Durchführung des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes (Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung – FMStFV) vom 20. Oktober 2008 (eBAnz AT123 2008 V1)
FMStG	Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpaketes zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz – FMStG) vom 17. Oktober 2008, BGBl. I 1982

2. FMStG	Zweites Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz – 2. FMStG) vom 24. Februar 2012, BGBl. I 206
FSB	Finanzstabilitätsrat (<i>Financial Stability Board</i>)
G20	Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
GesKR	Zeitschrift für Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai. 1949, BGBl. I 1
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 26. Oktober 2012, Abl. C 326/391
G-SIB	Global systemically important bank
G-SII	Global systemically important institution
HFSt	Heidelberger Beiträge zum Finanz- und Steuerrecht
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
IFLR	International Financial Law Review
IILR	International Insolvency Law Review
IJIO	International Journal of Industrial Organization
i. V. m.	in Verbindung mit
InsO	Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994, BGBl. I 2866
IPOL	European Parliament, Directorate-General for Internal Policies
ITS	Implementing Technical Standards
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
JEP	Journal of Economic Perspectives
J. Financ. Stabil.	Journal of Financial Stability
JFMMI	Journal of Financial Management Markets and Institutions
JIBLR	Journal of International Banking Law and Regulation
Kommission	Europäische Kommission

Abkürzungsverzeichnis

KredReorG	Gesetz zur Reorganisation von Kreditinstituten (Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz – KredReorgG), Art. 1 des Restrukturierungsgesetzes vom 9. Dezember 2010, BGBl. I 1900
Kreditwesen	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
KTS	KTS – Zeitschrift für Insolvenzrecht
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG) vom 9. September 1998, BGBl. I 2776
lit.	litera
MiFID II	Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinie 2002/92/EG und 2011/61/EU, ABl. L 173/349
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MJECL	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MPE	Multiple point of entry
MREL	Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities; Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten
NAB	Nationale Abwicklungsbehörde
NCWO	No creditor worse off
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
o. V.	ohne Verfasser
Pace Int'l L. Rev.	Pace International Law Review
PWP	Perspektiven der Wirtschaftspolitik
Q&A	Questions & Answers
RD banc. fin.	Revue de droit bancaire et financier
RdF	Recht der Finanzinstrumente

RettungsG	Gesetz zur Rettung von Unternehmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Rettungsübernahmegesetz – RettungsG), Art. 3 des FMStErgG vom 7. April 2009, BGBl. I 725
RF	Review of Finance
Rn.	Randnummer
RStruktFG	Gesetz zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Restrukturierungsfondsgesetz – RStruktFG), Art. 3 des Restrukturierungsgesetzes vom 9. Dezember 2010, BGBl. I 1900
RStruktG	Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung (Restrukturierungsgesetz) vom 9. Dezember 2010, BGBl. I 1900
RTS	Regulatory Technical Standards
SAG	Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz – SAG), Art. 1 des BRRD-Umsetzungsgesetzes, BGBl. I 2091
SoFFin	Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung
sog.	sogenannt
SPE	Single point of entry
SRB	Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (<i>Single Resolution Board</i>)
SREP	Supervisory Review and Evaluation Process
SRM-VO	Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (Abl. EU L 225/1)
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht

Abkürzungsverzeichnis

TLAC	<i>Total Loss Absorbing Capacity</i> , Gesamt-Verlust-absorptionskapazität
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
USA	United States of America
Var.	Variante
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
WM	Wertpapier-Mitteilungen Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandels-gesetz – WpHG) vom 9. September 1998, BGBl. I 2708
WuB	Entscheidungsanmerkungen zum Wirtschafts- und Bankrecht
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschafts-recht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht